

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 83. Ratssitzung vom 28. September 2011

1783. 2008/398

Postulat von Christian Wenger (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 03.09.2008: Beratungsstellen, Unterbindung der Tätigkeit für illegal anwesende ausländische Staatsangehörige

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Stadtpräsident namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3461/2008): Aus der ganzen Welt kommen Wohlstandsmigranten in die Schweiz und nach Zürich. Sie versuchen, sich Zugang zu unserem gut ausgebauten Sozialstaat zu verschaffen. Die Zahl der illegalen Aufenthalter kann nur geschätzt werden; in der Schweiz dürfte sie sechsstellig und in der Stadt Zürich fünfstellig sein. Trotz enormer Anstrengungen der Bundesbehörden, die verschiedenen Schlupflöcher für die illegalen Aufenthalter zu schliessen, haben sich die Zustände in den letzten Jahren nicht wesentlich verbessert. Allerhand private Organisationen und Gruppierungen, die zum Teil ganz offen versuchen, die Heimführung der Illegalen zu verhindern, sind wesentlich daran beteiligt. In der Stadt Zürich gibt es z. B. Anlaufstellen für Sans-Papiers. Es ist für uns nicht verständlich, weshalb solche Anlaufstellen nicht sofort polizeilich geschlossen, und die Betreiber bei der Staatsanwaltschaft nicht angezeigt werden. Mit unserem Vorstoss wollen wir erreichen, dass die Stadt Zürich ihre diesbezügliche Haltung endlich ändert und aktiv bei der Bekämpfung des illegalen Aufenthalts mithilft.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Das Postulat ist insofern eigenartig, als es von uns verlangt, eine Tätigkeit von privaten Vereinen und Gruppierungen zu unterbinden. Die Anwesenheit von Personen ohne Aufenthaltsbewilligung in Zürich ist eine Realität. Gemäss einer Studie sind mehr als 95 % dieser Personen erwerbstätig – wir nehmen also ihre Leistung in Anspruch. Aufgrund ihrer Angst davor, entdeckt zu werden, leben sie oft zurückgezogen und suchen gerade keine offiziellen Stellen auf. Ebenfalls Realität ist, dass Menschen ohne legalen Aufenthalt über Rechte und Pflichten verfügen, sie müssen z. B. Versicherungsbeiträge bezahlen und haben das Recht auf unentgeltlichen Grundschulunterricht für Kinder. Es ist für diese Leute oft schwierig, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Die Arbeit der spezialisierten Beratungsstellen erachten wir deshalb als wichtig. Ich bitte Sie im Namen des Stadtrats, das Postulat abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Spiess (SD): Die Stadtpräsidentin hat gesagt, wir nähmen die Leistung der illegal Anwesenden in Anspruch. Mit «wir» sind Leute gemeint, die illegal Anwesende ausbeuten. Diese Tätigkeit ist nicht richtig und soll unterbunden werden. In keinem anderen Land der Welt kann man sich in Missachtung der Gesetze aufhalten. Dagegen kann man sehr wohl vorgehen, es ist nämlich strafbar, jemandem den illegalen Aufenthalt zu erleichtern. Wer eine Anlaufstelle für Leute ohne legalen Aufenthaltsstatus einrichtet, sie berät und unterstützt, verhält sich gesetzeswidrig. Es darf nicht sein, dass man diesen Missstand einfach akzeptiert. Niemand streitet ab, dass Sans-Papiers Grundrechte haben. Sie hätten aber auch eine Pflicht, nämlich das Land zu verlassen.

Bruno Amacker (SVP): Die SVP unterstützt prinzipiell keine Postulate, die nichts anderes verlangen als die Anwendung der geltenden Gesetze. Art. 116 Ausländergesetz stellt die Erleichterung des Aufenthalts von illegal anwesenden Personen unter Strafe. Im Entstehungsprozess dieses Artikels wurde im Nationalrat versucht, das Verbot aufzuweichen. Der Gesetzgeber hat also diskutiert, ob die ethisch motivierte Erleichterung des Aufenthalts straffrei bleiben soll und hat sich klar dagegen entschieden. Art. 116 ist eindeutig, kennt keine Ausnahmen und sollte so angewendet werden, wie der Gesetzgeber es wollte.

Roger Liebi (SVP): Was die Stadtpräsidentin gesagt hat, ist gefährlich. Sie hat gesagt, die Beratungsstellen seien zu unterstützen, weil die illegal Anwesenden Angst hätten, entdeckt zu werden. Mit dieser Aussage macht sie sich zur Handlangerin von Kriminellen.

Salvatore Di Concilio (SP): Die meisten Sans-Papiers arbeiten und sind keine Kriminellen. Die Personenfreizügigkeit ist leider nur innerhalb der EU möglich. Meiner Meinung nach sollten alle Personen, die hier arbeiten, einen anständigen Lohn erhalten, ins Gesundheitswesen eingebunden werden und in den Genuss von Schulmöglichkeiten kommen – unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft. Eine solche Behandlung wäre menschlich und würde unseren demokratischen Grundprinzipien entsprechen. Das Postulat will einen Polizeistaat, und diese Entwicklung ist nicht gut für die Schweiz und für Zürich.

Christoph Spiess (SD): Selbstverständlich ist es nötig, dass alle, die hier arbeiten, legal arbeiten. Es geht aber nicht an, den Aufenthaltsstatus von Illegalen zu legalisieren, damit ihre Arbeits- und Lebensbedingungen besser werden. Die Argumentation der SVP ist eigenartig: Es gibt ein Gesetz, zu dessen Anwendung in der Stadt Zürich der Wille fehlt. Wir Schweizer Demokraten verlangen mittels eines Vorstosses endlich die Anwendung dieses Gesetzes, und die SVP lehnt den Vorstoss ab mit der Begründung, es gebe ja ein Gesetz, das angewendet werden sollte. Diese Haltung ist überhaupt nicht vereinbar mit den Wahlversprechen der SVP.



3 / 3

Das Postulat wird mit 2 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**Kopie vorab an:
STP**